

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1920 Nr. 233 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 213

Bezugspreis: für hiesige und umliegende Bezirke monatlich Mk. 6,00, vierteljährlich Mk. 18,00 frei Haus. Durch die Post bezogen zugäglich postl. Bezugsz. **Morgen-Ausgabe** **Anzeigenpreis:** Die Spalte 36 mm breit, 10 mm hoch für 60 A. Die Spalte 20 mm breit, 10 mm hoch für 40 A. Aben nach Cassi, Erklärungen S. 10. **Verkaufspreis:** Die Spalte 36 mm breit, 10 mm hoch für 60 A. Die Spalte 20 mm breit, 10 mm hoch für 40 A. Aben nach Cassi, Erklärungen S. 10. **Verkaufspreis:** Die Spalte 36 mm breit, 10 mm hoch für 60 A. Die Spalte 20 mm breit, 10 mm hoch für 40 A. Aben nach Cassi, Erklärungen S. 10.

Neueste Tagesnachrichten

„Daily Mail“ meldet aus Paris, daß die Justizkommission des Alliierten Rates die zweite Hälfte der dem Deutschen abzurufenen Kriegsverbrecher am Montag festgesetzt hat. Sie enthält 50 Namen.

Nach einer Neuermüdung ist der Betrag des englischen Anleihe für den vierjährigen Aufbau von 10 Millionen Pfund festgesetzt worden.

Am freien Handelsverkehr ist in Genf am Donnerstag die zweite Hälfte der dem Deutschen abzurufenen Kriegsverbrecher am Montag festgesetzt worden.

Die Reichswehrorganisationen der sechs westlichen Departements leiteten in einer gemeinsamen Sitzung ein Zusammenarbeiten mit französischen Arbeitern im Lieberknechtgebiet ab.

Brussilow soll wegen der hohen Verluste beim Rückzug aus dem Westfrontgebiet abgesetzt worden sein.

Verhandlungen über eine neue Resolution einsetzt werden, um am 15. Juni schon mit bestimmten Vorbedingungen an den Reichspräsidenten herangetragen zu können. Die Wahl des Reichspräsidenten ernennt man bereits in nächster Zeit; den Zeitpunkt hat der neue Reichstag zu bestimmen.

Brussilow abgesetzt?

h. Warschau, 4. Juni.

Es lautet, daß General Brussilow von der Sowjetregierung abgesetzt und verhaftet worden ist wegen der hohen Verluste, die das Heer bei dem Heberzug über die Weichina, zu dem er vorher nicht ermächtigt war, erlitten hat.

Polen ruft nach französischer Hilfe

Warschau, 4. Juni.

Nach zuverlässigen Meldungen hat Polen in der letzten Woche in Paris einen Schritt zur Veranlassung einer Intervention in Frankreich zu machen. Das Ziel ist die Eroberung von Danzig. Es soll offen gesagt werden, daß Polen sich höchstens noch bis Ende Juni halten könne. Treffe sich dahin nicht Hilfe ein, so werde die Offensive völlig aufzugeben. Das würde aber nicht nur die polnische Armee, sondern auch die französischen Truppen zu veranlassen, sich zurückzuziehen. Frankreich soll zugesichert haben, daß es so reich als möglich 100.000 Mann vorwiegend infanterie Truppen zur Verfügung stellen wolle. Es sei beabsichtigt gewesen, diese auf englischen Schiffen nach Danzig zu bringen und von dort an die Front. England habe jedoch die Forderung der Tonnage abgelehnt mit Rücksicht auf die Stellungnahme der Seeleute, die den britischen Handelsverkehr für den Durchmarsch der französischen Truppen zu veranlassen, doch geneigt man dazu, daß man diese bekommen wird.

Der Presschef als Volksaufreizer

h. Berlin, 4. Juni.

In der Pressekonferenz bei der Regierung in Berlin ist ein ganzes Handbuch verlesen worden. Das „Berliner Tageblatt“ hat bekanntlich ungeheuerliche Forderungen und gegenrevolutionäre Truppenbewegungen in der unmittelbaren Umgebung von Berlin gebracht, insbesondere über die angebliche Anbahnung kaiserlicher Truppen in Potsdam. Auf die Anfrage eines Berichters dieses Blattes an die amtlichen Informanten der Presse, zu wem das Heer Robert Breuer gehört, was über diese Dinge bei den Regierungsstellen bekannt sei, war keine Auskunft erfolgt. Das Blatt veröffentlichte gleichwohl diese Dinge und trug damit eine erhebliche Verwirrung in die an und für sich durch den Wahlkampf schon hinreichend aufgeregten Massen. Reichswehrministerum wurde dann umgehend die völlige Haltlosigkeit der Behauptungen festgestellt, und das „Berliner Tageblatt“ teilte mit, daß es sich selbst von der Verweigerung dieses Dementis überzeugt habe.

Jetzt wird in der Pressekonferenz festgestellt, daß der Informant des „Berliner Tageblatts“, der ihm diese Nachrichten geliefert hat, niemand anderer gewesen ist, als der selbstverleumdete Presschef der Regierung.

Selbst Herr Robert Breuer, so daß sich die selbst im neuen Deutschland unmöglich sein lassende Tatsache ergibt, daß eine Regierungsinstitution es sich aneignen kann, vollkommen aus den Fingern zu lassen, oder in ihrer Wirkung auf ungewisse vererbende Nachrichten in die Presse zu lancieren. Es erregt sich in diesem Augenblick, nach den Worten zu urteilen, die einem solchen Verhalten zugrunde liegen müssen; wer die Vorgänge der letzten Wochen mit offenen Augen beobachtet hat, wird ohnehin im Bilde sein. Aber man kann gespannt sein darauf, was nunmehr von Seiten der Regierung geschieht, um eine derartige Ungeheuerlichkeit zu verhindern, oder — was wohl allein in Frage kommen kann — zu führen.

Die Auszählung der Stimmzettel

Gesamt-Wahlergebnisse am Mittwoch bekannt.

Die Feststellung des Wahlergebnisses wird in diesem Jahre voraussichtlich besondere Schwierigkeiten bereiten. Das Wahlergebnis, mit Ausnahme der Abstimmungsbezirke, die dementsprechend nicht wählen dürfen, ist in 32 Wahlkreise eingeteilt. Auf jeden dieser Wahlkreise treffen durchschnittlich 2000 bis 3000 Stimmzettel. In jedem dieser Wahlkreise sind die Wahlberechtigten nach Abschluß des Wahlablages des Wahlergebnisses festzustellen. Das ist überall, namentlich in den ländlichen Wahlkreisen, noch am Sonntagabend nicht möglich und erfolgt erst am Montag. Die Wahlberechtigten sind angewiesen, auf ihrem Heimweg, ihre Ergebnisse dem Kreiswahlleiter zu übermitteln. Ein großer Teil der Ergebnisse wird also voraussichtlich noch in Laufe der Nacht beim Kreiswahlleiter einlaufen, oder feinstenfalls alle Ergebnisse. Es wird also mindestens Montag vormittag vorliegen, ehe der Kreiswahlleiter die sämtlichen Ergebnisse seines Kreises vorliegen hat. Da durchschnittlich neun bis elf Wahlberechtigten in Frage kommen in deren Händen die Stimmzettel einzutragen sind, wird das Ergebnis für den Wahlkreis frühestens Montag abend endgültig festgelegt werden können. Danach erst kann der Kreiswahlleiter das Ergebnis telegraphisch nach Berlin an den Reichsminister übergeben, der die Ergebnisse bis Sonntagabend in Händen zu haben hofft. Die Wahlberechtigten sind in der Nacht zum Dienstag auf Mittwoch, das Wahlergebnis für das Reich wird also nicht vor Mittwoch festzustellen sein und erst dann veröffentlicht werden können.

Das Reichsministerium des Innern hat in diesem Zusammenhang getroffen, um auch schon Zellergebnisse — soweit irgend möglich, noch in der Nacht zum Montag — der Presse und damit der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Reichstagszusammentritt am 15. Juni?

h. Berlin, 4. Juni.

Zum Zusammentreten des neuen Reichstages wird von einer Ausrufung gemeldet: Das Reichsministerium hat sich mit der Frage des Zusammentretts des neuen Reichstages bereits befaßt und nimmt möglichst baldigen Zusammentritt des Reichstages an. Der Reichstag wird am 15. Juni zusammengetreten sein dem Reichstag wird das Ministerium dem Reichspräsidenten seine Demission unterbreiten. Man macht sich Hoffnungen, daß die Bildung des neuen Kabinetts mit Schwierigkeiten verbunden und eine neue Regierung bis zum Zusammentritt der Reichstags am 15. Juni kaum gebildet sein wird. Wenn in der nächsten Woche nach dem Bekanntwerden der endgültigen Wahlergebnisse, die am 9. Juni feststehen werden, sollen

Wahlergebnis und Bürgerkrieg

Offenbar ist die Parteien der Weichen vor allem in ganz Deutschland stark anwachsende deutschnationale Bewegung einzuschließen, wird von der Regierung und den Weichenparteien fruchtlos die Weichen in allen möglichen Tonarten wiederholt, nur die Demokratie verurteilt Ordnung und Ruhe, ein Sieg der Weichen bedeute den Bürgerkrieg. Es spricht sich aus dieser sinnlosen Behauptung ja nur die Angst der Weichenparteien vor der Weichen, die das deutsche Volk mit ihnen am 6. Juni wegen ihrer Sünden vornehmen wird. Und weil die Demokraten dabei das schlechteste Genießen haben, sie die das deutsche Volk bei den vorigen Wahlen planmäßig betrogen, so wird bei ihnen das Spiel mit dem Feuer des Bürgerkriegs besonders eifrig betrieben, trotzdem sie sich doch selbst jaagen sollten, wie leichtfertig, ja freivolontarisch ist, in den mit Hinföhrigkeit angefüllten Reichsräumen mit brennenden Wunden zu hantieren. Aber ihnen gilt jedes Mittel, das etwa noch Vorteil für die Partei bringt, mag auch das Vaterland dabei ins Verderben gestürzt werden. Daher haben sie sich die Wahlparole erkundigt: Ein Sieg der Weichen würde den Bürgerkrieg bedeuten!

Wie sieht es denn in Wahrheit aus? Daß die Gefahr neuer, schwerer Unruhen droht, ist gewiß nicht zu leugnen. Das, was über die Weichenparteien der Weichen geäußert worden ist, die Scheuergeheimnisse aus Pommern, Schlesien usw., von der geheimen Ausrüstung gegenrevolutionärer Heere, Waffenanlieferungen von Artillerie usw., das hat sich allerdings stets sehr bald als Schwindel herausgestellt. Es sind Vagenmärchen, die die Regierung und ihre Parteien ausgesprochen haben, um für ihre Wahlmacht gegen die Weichen zu heulen. Sie stellen also auch nichts weiter dar als eine andere Seite des freivolontarischen Spiels mit dem Woll des Vaterlandes als Parteiparade. Aber anders sieht es mit den Nachrichten über die Weichenparteien der anderen Linien. Auch hier ist zweifellos vieles übertriebene Ausgeburt mehrerer Ueberzeugung. Doch haben die Ereignisse im Ruhrgebiet in den vergangenen Tagen, daß die kommunalistisch-bolschewistische Propaganda über recht erhebliche und auf ausgeführte Streikkräfte verläßt und auch über den Willen, gelegentlich loszuschlagen, um ihr Ziel, die Ausrüstung der Weichenpublik oder der wüßigen Herrschaft des Bolschewismus zu erreichen. Es ist also wohl mit der Möglichkeit zu rechnen, daß wir am Wahltage oder nach den Wahlen Unruhen in großem Umfang erleben werden.

Es fragt sich nur, wie der Ausfall der Wahlen diese erste Lage beeinflussen kann. Die Behauptung, nur der Sieg der Demokratie, soll heißen: der jetzigen Regierung, höhere Ruhe und Ordnung; ein Sieg der Weichen, zumal der deutschnationalen, hingegen werde den Bürgerkrieg bringen; diese Behauptung ist nichts als eine verlogene Weichenparole, wie jeder sofort erkennt, der die Tatsachen wahrheitsgemäß prüft. Daß eine sozialistisch-demokratische Regierung Ruhe und Ordnung nicht verbringen kann, hat das deutsche Volk nun anderhalb Jahre lang an seinem aus tausend Wunden blutenden Leibe erfahren müssen. Massenblutige, Raub, Luthschlag, Mord, Aufruhr und Brandstiftung stehen seit dem November 1918 auf der Tagesordnung. Und gegenüber der Gefahr großer gewalttätiger Erhebungen hat sich die Regierung stets unzulänglich erwiesen. Es fehlt ihr an Kraft und Entschlossenheit, um ihre Ziele, den Unruhestiftern der äußeren Linien mit harter Hand entgegenzutreten. Sie weicht vielmehr vor ihnen nach jedem kurzen Anlauf sofort wieder zurück. Das sehen wir ja jetzt eben wieder, wo die Regierung gerade in diesen Tagen, wo sich alles zur Entscheidung zubereit, die Weichen im Ruhrgebiet in Freiheit setzt. Gleichzeitig aber will sie es durch ihr neues Justizhausgesetz den ordnungliebenden Elementen unmöglich machen, sich zur Abwehr von Gewalt und Verbrechen zusammenzuschließen. Klar liegt da fernern vor Augen, daß diese Regierung nicht imstande ist, einen Bürgerkrieg zu verhindern. Weicht sie am Abend, so ist vielmehr der Ausbruch unabwehrbarer Wirren so gut wie unermesslich. Nur die Erhebung der jetzigen sozialistisch-demokratischen Regierung durch eine andere, eine Regierung tüchtiger Männer mit ehrlichem Sinn und fester Hand kann uns vor dem Bürgerkrieg retten. Das bedeute am 6. Juni ein jeder und jorge dafür, daß wir zu einem Umsturz zum Weichen kommen. Denn die Erhaltung der Demokratie, so lautet die Weichenparole, gerade die Erhaltung der jetzigen Regierung bedeutet fast unweibbar den Bürgerkrieg.

Deutschnationale Wahlleitung am Sonntag

Halle-Stadt: Alte Promenade 10. Fernruf: 5453.
Nebenstelle: 6492 (nur anzurufen, wenn 5453 besetzt).

Saalkreis: Wettinerstrasse 30. Fernruf: 4584.

Wählt Liste Hemmeter!

Die Anschriften von Kranken und Gebrochlichen, die gefahren werden müssen, sind so schnell wie möglich nach Alte Promenade 10 zu schicken.

Beamte schützt Euch vor Vergewaltigung!

Wie die jetzige Regierung ihre den Beamten und Beamtenwärtern gemauerten Verpfändungen einstellt, beweist sie einmündig durch die Verfertigung eines Beamtens, von dem der soeben Kenntnis erhalten.

Der Sachverhalt ist kurz folgender: Auf die Vorstellungen der Beamten der Finanzverwaltung, daß den jüngeren Kollegen, den sogenannten Superintendanten, durch die Anstellung der wegen Beamtenüberbegriff von Reichsminister einberufenen Sachverständigen keinerlei Nachteile erwachsen dürften, die sie in den langen Kriegsjahren sicherlich nicht verdient hätten, wurde ihnen vom Reichsminister wiederholt die feste Zuversicherung gegeben, daß die Superintendanten durch die Einstellungen von Seiten aus anderen Beamten in keiner Weise geschädigt und zurückgesetzt werden sollten. Inzwischen sind nun auch wirklich einige wenige Superintendanten zu einer unglücklichen Kriegsvorgeschichte angefallen worden, wovon aber heute noch auf Mitteilung genau wie ihre Kollegen, die die Kriegsjahre über und während des Krieges obliegen konnten. Der größte Teil der unangestellten Superintendanten war schon drei bis vier Jahre vor dem Krieg als Ammänner in der Finanzverwaltung tätig, wurde aber infolge des Krieges nicht einberufen, sondern erst nach Wiedereintritt aus dem Felde im Jahre 1919.

Infolgedessen fiel der weitaus größte Teil nicht unter die oben angeführte Kriegsvorgeschichte, die im April des Jahres erfolgte und zu der nur Kriegsteilnehmer, die 18 Monate zur Finanzverwaltung einberufen waren, zugelassen wurden. Dagegen ist der jetzige Oberzolllsekretär Obermüllend, der 1913 noch Schüler war, dann in den Justizdienst als Ammänner eintrat und nach Wiedereintritt aus dem Krieg, im November 1918, den Dienst bei seiner Behörde wieder aufgenommen hat, durch Weisungsvorfall befristet worden. Im November 1919 ist er zum Reichsfinanzverwaltung übertritten. Nach viermonatiger Verwaltung ist er nunmehr als Ammänner in der Finanzverwaltung zurückgekehrt, was bei dieser ist er, nachdem er ein Schlichteramt bekleidete, am 1. April d. J. zum Oberzolllsekretär (II) befristet.

So ist er nun geachtet in Amt und Würden bei einem Vordienstjahre des westlichen Deutschlands, während die durchweg 20 bis 30 Jahre alten und älteren Superintendanten, die schon Jahre vor dem Krieg in der Finanzverwaltung tätig waren, jetzt die vollen Ausposten eines planmäßig angestellten Beamten zu benötigen haben, und das fast unangenehm. Denn das Recht gewährt ihnen nur wegen der herrschenden Verhältnisse eine ganz geringfügige „Unterstützung“, die aber in der gegenwärtigen Lage nicht zu müssen weiter die ganze Arbeitskraft tragen und abzurufen, bis unsere jetzige demokratisch-sozialdemokratische Regierung, die „Freiheit und Gleichheit für alle“ auf ihr Conter geschrieben hat, sich ihrer gnädig erinnert.

Durch diesen bescheidenen Fall dürften schon Beamten die Augen geöffnet werden, welcher Fürsorge er sich seitens der jetzigen Regierung unter so schönen, freien, demokratischen Umständen zu erfreuen hat. Beamter! Die Waagen stehen vor der Tür! Tun res agitur!

Wie man heute die Persönlichkeiten für die Ämter auswählt

Durch irgend einen Zufall, vermutlich ein Versehen in der Postabfertigung, ist das folgende Schreiben in die Hände eines unserer Parteimitglieder in der Provinz gekommen, das es der Öffentlichkeit übergibt, da es einen höchst lehrreichen Einblick in die Art bietet, wie unter dem heutigen Regime die Persönlichkeiten für die Ämter in der inneren Verwaltung ausgewählt werden. Das Schreiben kam von dem sozialdemokratischen Parteimitglied, Ritterkreuzbesitzer und Gefängnisinspektur Dr. ...

Dr. ... Herr Dr. ...

Nach den mir gestern gemachten Mitteilungen beschäftigt das Preussische Staatsministerium nunmehr die Meinung der inneren Verwaltung der Provinz mit dem Kommando. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir persönlich bis zum 14. Mai mitteilen würden, welche Kandidaten in Ihrem Bezirk sich zu bemerken haben, die Ihre Entfernung wünschenswert und notwendig ist. Ich bitte hierbei anzugeben, welche

Bis in das Elend.

Vin Kampf um das Deutschtum.

Wir hatten geglaubt, daß die Eltern vernünftig genug ein würden, ihre verbliebenen Söhne in Unterricht und Genuß zu geben. Wir haben uns gründlich getäuscht — von etwa 40 Kindern, auf die wir rechneten, sind drei gekommen!

„Was sagen Sie dazu?“ fragte ich Herrn Bogdor. Der antwortete: „Es sind gleichzeitig die Weibchen und meinte: Sie werden schon kommen! Wenn nicht werden sie! Dunkel war mir dieser Rede Sinn.

„Von anderen?“ fragte ich. „Die Schule ist doch nur für die Kinder der Weibchen und Paradenkinder!“ Er schüttelte den Kopf.

„Die Schule ist für jeden, der kommen will!“ Das war mir ja eine ganz neue Ansicht!

Jedenfalls eine von der Art, wie die neuzeit mit dem Bezahlen zu tun hat. „Nun aber antwortete ich: „Dann müssen wir nichts, Herr Bogdor! Und übrigens — was ist denn kommen?“

„Zwei Mütter.“

„Ja, zum Beispiel, wer denn?“

„Die Ungarn und Polen aus der Ungarisch die in ihren Dörfern keine Schulen haben, aber die Schule in diesen Dörfern — sie alle werden kommen!“

„Da hand wird verteuert.“

„Wo steht denn das geschrieben?“ fragte ich. „Das habe ich nicht!“ entgegnete er in ebenso lakonischer wie liegespottiger Kürze. „Die sollen sich selber eine Schule bauen!“ fragte ich auf. „Die kommt denn die Gemeinde Weidenburg dazu?“

„Er lachte. Die Gemeinde Weidenburg wird alles bezahlen — so muß es das hohe Komitat!“

Gründe für die Erhebung des Kommandes durch eine andere Persönlichkeit sprechen. Bemerkenswert ist hierbei, daß die Arbeit besteht, Beamte, die sich einmündig bemerken haben und bemerkt haben, auf ihrem Posten zu verlassen, auch wenn sie sich nicht politisch zu den Weibchenparteien bekennen. Es soll nur von allen Dingen darauf geachtet werden, daß die lebenden Beamten unbedeutend zuerückbleiben und daß die Gewähr gegeben ist, daß sie auch in politisch schwierigeren Zeiten ihre Pflichten gegenüber der verfassungsmäßigen Regierung getreulich erfüllen werden.

Falls die Absetzung von politischen Beamten erforderlich erachtet wäre, es mir weites Feld eröffnet, wenn mir auch andere Abweisen von Seiten mitgeteilt würden, die unbedingt geeignet und bereit sind, ein politisches Amt in der inneren Verwaltung, sei es als Regierungspräsident oder Landrat, zu übernehmen. Ich wäre mir aber der größten Verehrung bewußt, daß die dort und anderen Verhältnisse auch wirklich in der Lage sind, den Posten voll auszufüllen, für den sie vorgelassen werden sollen.

Nach der Sie freundschaftlich bitten, diese Mitteilung als unbedingt vertraulich zu behandeln. Mit bestem Gruß Ihr sehr ergebener

Dr. ...

Kredite für den Wiederaufbau

Der Internationale Austausch für die Kriegswirtschaft hat am 22. April d. J. in London eine Sitzung abgehalten, an der die Vertreter der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Großbritanniens, Belgiens, Italiens, der Niederlande, der Schweiz und der Sowjetunion teilnahmen. Die Verhandlung wurde von dem Vizepräsidenten des Internationalen Austausch, Herrn ...

Amerika — England — Japan

Die Nachrichten aus den Vereinigten Staaten lassen erwarten, daß England das Bündnis mit Japan auf Grund neuer Verhandlungen zu erneuern versucht. Es soll jedoch ein Drei- und zwischen Japan, den Vereinigten Staaten und England gebildet werden und durch dieses Bündnis würde die Gefahr der Einmischung in einen amerikanischen japanischen Konflikt für England beseitigt werden.

Rußland und der oberste Wirtschaftsrat

Der oberste Wirtschaftsrat hat am 1. April d. J. eine Sitzung abgehalten, an der die Mitglieder des Rates teilnahmen. Die Verhandlung wurde von dem Vorsitzenden des Rates, Herrn ...

Nach einer Sonder-Rede von Herrn ...

Gerth — Siedlungsgesetz — Delius

Demokratische Blätter haben über den deutsch-amerikanischen Rechtsanwalts Gerth in Zangerhagen die Unmöglichkeit berichtet, dieser habe das ganze Siedlungsgebiet als Vermittler bezeichnet. Daraufhin hat Herr Gerth an die „Demokratische Vorlesekommission“ in Berlin das folgende Schreiben gerichtet:

Am Nummer 105 Ihres geschätzten Blattes vom 20. April 1920 befindet sich eine unangenehme Mitteilung von mir über das Siedlungsgebiet. Ich erlaube mir, die in der Besonderen Erwähnung zu sein, die nachstehende Berichtigung zu bringen:

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

„In jener demokratischen Verlautbarung, die von Abgeordneten des Reichstages abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes als Mitglied der Auffühler anlässlich des Vortrages über die Siedlungsgebiete, daß der Staat bereits ein gesetzliches Siedlungsgebiet für das Siedlungsgebiet nach meiner Erinnerung nicht existiert.“

Sie ... Sozial ...

Die Gemeinverteilung des Parochialverbandes evangelischer Gemeinden in Halle ist am 8. Juni Abends 27 Uhr die diesjährige ordnungsmäßige Sitzung unter dem Vorsitz des Superintendenten R. v. H. ... Die vom Præsidenten B. u. g. ...

Führungen durch die kirchlichen Einrichtungen Halle. Professor Jäger unternimmt regelmäßige Führungen durch die kirchlichen Einrichtungen ...

Die Demonstration der radikalsten Parteien am heutigen Sonntag nach dem 'Volkstaat' ...

Die Demonstration der radikalsten Parteien am heutigen Sonntag nach dem 'Volkstaat' ...

Familien-Nachrichten

Verlobung: Anne Gödicke und Ferdinand Zinke. Todesfälle: Am 3. Juni Hermann Flügel ...

Provinz Sachsen

Der Zeiger Landfriedensbruch

Ein Gegenstück zum Klüber-Prozess. Vor dem Schwurgericht in Rumburg wird gegenwärtig gegen 45 Personen aus Zeig und Umgebung verhandelt ...

Die Ermordung des Leutnants Schärer erinnert zu recht an die bestialische Morde ...

Der Regimentsrat 97 und 137 wurden während des Jahresfreizeits nach Zeig beordert ...

Die Angelegenheit betreffen bei ihrer Vernehmung natürlich ihre Unschuld. Der Angelegte Otto Dietz gibt zu ...

d. Wittenberg, 4. Juni. (Eine Hartbelegte deutsche nationale Klüber-Vereinigung) ...

Greis (Wag.), 4. Juni. (Ein Feldkurier hat sich in den gegenwärtigen Klüberkreisen ...)

wesensmäßig der Kreisforstliche und durch Vermittlung der Parteiführer ...

Außer diesem Vorkommnis sind auch in der Bevölkerung verschiedentlich Klagen darüber ...

Diese Gemeindefürerinnen betreffen bei den kontrollierten Wertpapieren im Durchschnitt 150 Gramm ...

Stimmzettel der Deutschnationalen Volkspartei.

- 1. Gemeier, Emil, Direktor der Landwirtschaftlichen Ministerialverwaltung in Gießen. 2. Leopold, Bernhard, Bergarbeiter a. D. ...

Die Deutschnationalen Volkspartei gibt zwei Arten von Stimmzetteln heraus ...

anderen Wärdern der Arbeit ist dies geschehen ...

Sozialistische Theorie und Praxis. Das Wort 'Krieg' und 'Mittel' ...

Das ist die Wirkweise, die praktische, der Herren Genossen für das hungernde Volk ...

Sozialistische Theorie und Praxis. Das Wort 'Krieg' und 'Mittel' ...

Das ist die Wirkweise, die praktische, der Herren Genossen für das hungernde Volk ...

Das ist die Wirkweise, die praktische, der Herren Genossen für das hungernde Volk ...

Das ist die Wirkweise, die praktische, der Herren Genossen für das hungernde Volk ...

Das ist die Wirkweise, die praktische, der Herren Genossen für das hungernde Volk ...

Das ist die Wirkweise, die praktische, der Herren Genossen für das hungernde Volk ...

Das ist die Wirkweise, die praktische, der Herren Genossen für das hungernde Volk ...

Das ist die Wirkweise, die praktische, der Herren Genossen für das hungernde Volk ...

Das ist die Wirkweise, die praktische, der Herren Genossen für das hungernde Volk ...

Das ist die Wirkweise, die praktische, der Herren Genossen für das hungernde Volk ...

Das ist die Wirkweise, die praktische, der Herren Genossen für das hungernde Volk ...

Das ist die Wirkweise, die praktische, der Herren Genossen für das hungernde Volk ...

Das ist die Wirkweise, die praktische, der Herren Genossen für das hungernde Volk ...

Das ist die Wirkweise, die praktische, der Herren Genossen für das hungernde Volk ...

angeordnet, so daß die Dienststunden trotz großer Ermüdung ...

Überdies ermitteln den Inhaber der Erziehung schon an und für sich geschwächten Beamten ...

Nichts zuerlern!

Die stetig lebenden Volkspartei können immer wieder ...

Unzulässig, aber kriegswirtschaftlich!

Ein Berliner Blatt schreibt: Ein deutscher Mann in China hat aus Mitleid mit der hungernden Bevölkerung ...

Die Einfuhr von Krawatten kann offensichtlich nicht ...

Ein Berliner Blatt schreibt: Ein deutscher Mann in China hat aus Mitleid mit der hungernden Bevölkerung ...

Siedlerwünsche an das Reich

Mit dem Reichsfeierabend in Dresden wurden die Arbeiter, die die Siedler an die Regierung und den Deutschen Reich ...

Der Siedlerverband stellt folgende Forderungen auf: 1. Die Siedler sollen die gleiche Stellung ...

Vertical text on the far left edge of the page, partially cut off.

